

Nur die Einheit der Arbeiterklasse kommt ein nationales Kultzentrum schaffen, das alle sozialistischen und patriotischen Kräfte Deutschlands vereint, um die imperialistische Reaktion für alle zu vernichten. Allein die deutsche Arbeiterklasse hat die Kraft, die durch Zonen getrennten Gebiete zusammenzuhalten und die nationale Einheit zu wahren. Die Frage der Einheit Deutschlands und die der Einheit der Arbeiterklasse waren voneinander un trennbar." (Walter Ulbricht)

Das Prinzip der sozialen Frage... (4)

Einheit der Arbeiterklasse und Nation

Von Dr. phil. habil. Georg Harder, Franz-Mehring-Institut

Diese Einschätzung des Genossen Walter Ulbricht ging von der Vorstellung aus, daß es unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg möglich gewesen wäre, den Imperialismus und Militarismus in ganz Deutschland gemäß dem Potsdamer Abkommen fixiert worden.

Die Herausbildung der Einheit der Arbeiterklasse, der Einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte und die nationale Einheit auf neuer Entwicklungsstufe fielen unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg auf deutschem Boden zusammen.

Diese drei Grundfragen stellten sich als sozialer Inhalt der nationalen Frage dar. Sie konnten praktisch nur gelöst werden, wenn die sozialpolitische Machtfrage zugunsten der antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse in allen Besatzungszonen entschieden worden wäre. Insofern existierte das Prinzip der sozialen Frage.

Für diesen Entwicklungsweg kämpften die KPD, die zur Aktionseinheit strebenden Sozialdemokratie und andere demokratische Kräfte. Am 18./19., 1270/71, 1918 usw. von der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und anderen demokratischen Kräften verfochtene Ziel der Errichtung einer demokratischen Republik mittlerweile und an die Konferenzen von Brüssel (1936) und Bern (1939) der KPD unmittelbar knüpft der „Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands“ vom 11. Juni 1945 an. In ihm heißt es: „... daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen ... Weg vorschreiben, ... den Weg der Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Die grundlegende Voraussetzung für die Realisierung dieses Ziels war die Aktionseinheit von KPD und SPD, die sich unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg in allen Besatzungszonen entwickelte. Aber nur auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone entwickelte sich die Aktionseinheit zur Vereinigung von KPD und SPD. Mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 21. und 22. April erhielt die Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone zum ersten Mal seit 1875 ihre politische und organisatorische

Einheit durch eine einheitliche Partei, die sich zur Partei neuen Typus entwickelte.

Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde somit zum grundlegenden Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Unter Führung der SED war die Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone in der Lage, alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte um sich zu scharen und dadurch in diesem Teil Deutschlands den Imperialismus gemäß dem Potsdamer Abkommen und in Übereinstimmung mit den Interessen der europäischen Völker und damit auch des deutschen Volkes mit der Wurzel auszurotten.

Dieser Entwicklungsweg, wie er in der sowjetischen Besatzungszone beschränkt wurde, blieb unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg auch in den Westzonen realisiert werden können. Ja, dieser Weg war möglich und notwendig zugleich. Er war möglich, weil große Teile der revolutionären Arbeiterbewegung auch in den Westzonen zur Aktionseinheit bereit waren. Bekanntlich leiteten Vertreter der KPD und SPD auch in diesen Teilen Deutschlands praktische Schritte zur Aktionseinheit ein. „Die Besatzungsmächte der Westzonen hätten sich damals den gerechten Forderungen einer geeinten und entschlossenen auftretenden Arbeiterklasse nicht verschließen können.“¹ Notwendig war dieser Weg, weil der deutsche Imperialismus zwei Kriege ausgelöst hatte, weil der Inlands noch der Auslandsleitung der SPD angehörte, bildete in der britischen Besatzungszone ein separates Büro, das ein wenig später faktisch zur Leitung in den Westzonen wurde. Mit demagogischen Aussagen wie: „Aktionseinheit ja, aber ohne Kommunisten; oder: der Sozialismus sei zur Tagesaufgabe geworden, wird in den Westzonen die Aktionseinheit von KPD und SPD durch die rechten SPD-Führer verhindert bzw. werden praktische Schritte dazu rückgängig gemacht.“ Typisch in dieser Zeit sind für die rechten SPD-Führer folgende Worte Wehners. Er schrieb: „In Hamburg, wo ich nach dem Krieg eine Zuhause gefunden habe, bin ich damals hineingegangen und habe den Leuten beigebracht und später verhindert, die erste Kraft dieses Dreier-

bundes waren jene Vertreter des Monopolkapitals, die sich um Flottilen gruppieren. Zu ihnen gehörten drei Richtungen: zur ersten zählten die Kreise des ehemaligen Zentrums; der zweiten gehörten solche Vertreter des Monopolkapitals an, die sich sofort in einer Reihe von kleinen Splitterparteien organisierten; zur dritten reden wir E. Lennier, J. Kayser, F. Friedensburg und Hermes, die den Unwaltungszone behindern und schließlich verhindern wollten. Diese drei Richtungen verfolgten – trotz Meinungsverschiedenheiten – das gemeinsame Ziel, den Imperialismus in ganz Deutschland zu restaurieren und die bürgerliche Nation zu konservieren. Da dieses nicht gelang, gingen diese Kräfte zur staatlichen und nationalen Spaltung und damit zur Abgrenzung von der sowjetischen Besatzungszone durch die Bildung des Bonner Separatstaates über. Der Bonner Separatstaat wurde so zur staatlichen Form der Kontinuität der reaktionären Linie deutscher Geschichte. Die Antwort der geeinten Arbeiterklasse und der antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone darauf war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die DDR wurde somit die zum Staat gewordene revolutionäre Klassenlinie deutscher Geschichte.

Die zweite Kraft des reaktionären Dreibunds bildeten die rechten SPD-Führer um Kurt Schumacher. Er selbst, der damals weder der Inlands noch der Auslandsleitung der SPD angehörte, bildete in der britischen Besatzungszone ein separates Büro, das ein wenig später faktisch zur Leitung in den Westzonen wurde. Mit demagogischen Aussagen wie: „Aktionseinheit ja, aber ohne Kommunisten; oder: der Sozialismus sei zur Tagesaufgabe geworden, wird in den Westzonen die Aktionseinheit von KPD und SPD durch die rechten SPD-Führer verhindert bzw. werden praktische Schritte dazu rückgängig gemacht.“ Typisch in dieser Zeit sind für die rechten SPD-Führer folgende Worte Wehners. Er schrieb: „In Hamburg, wo ich nach dem Krieg eine Zuhause gefunden habe, bin ich damals hineingegangen und habe den Leuten beigebracht und später verhindert, was die Lehre von der Partei tatsächlich

bedeutet; ich habe sie ihnen entzerrt, damit sie ihr nicht zum Opfer fallen. Es gab damals Flottilen von der einheitlichen Partei, der Einheitspartei, ja auch im Westen.“² Was Wehner und andere rechte SPD-Führer in den Westzonen taten, wurde durch Brandt von Norwegen als begrüßt und befürwortet. Abermals bewiesen sich die rechten SPD-Führer als „Reiter“ des Imperialismus.

Die dritte Kraft des reaktionären Dreibunds waren und sind die westlichen Besatzungsmächte, die gemäß ihren Klasseninteressen das westdeutsche Monopolkapital und die rechten SPD-Führer förderten und unterstützen.

In den Westzonen vollzog sich also die Logik der Prozesse in der Weise, daß die rechten SPD-Führer die SPD der Westzonen von der sowjetischen Besatzungszone abspalten und die Abgrenzung von der KPD in den Westzonen vollzogen. Damit schufen die rechten SPD-Führer in den Westzonen die Bedingung, daß das westdeutsche Monopolkapital unter Führung der Adenauer-CDU die staatliche und nationale Spaltung vorziehen und sich seither abscheiden und abgrenzen konnte. Somit handelte die Adenauer-CDU mit aktivster Unterstützung der rechten SPD-Führer in Übereinstimmung mit den Interessen des imperialistischen Besatzungsmächtes und beschritt den Weg zur Integration der BRD in die NATO.

Es war also dieser reaktionäre Dreibund, der den Prozeß der staatlichen und nationalen Abgrenzung auf deutschem Boden einleitete und verstärkte. Unmittelbar nach 1945 bis etwa zu Beginn der 50er Jahre entschloß sich auf deutschem Boden die Frage: Wird sich in ganz Deutschland das politische Bündnis der antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter Führung einer geeinten Arbeiterklasse durchsetzen oder wird sich die politische Einheit der imperialistischen Kräfte von neuem formulieren? Die Entwicklung ist so verlaufen, daß sich auf dem Territorium der Westzonen, später auf dem der BRD, die imperialistischen Kräfte sammelten, sich von deutscher Nationalverband abspalteten und zum NATO-Staat machten.

Seither wird auf dem Territorium der BRD die historisch überholte

bürgerliche Nation konserviert. In ihr existieren die Klassenlinien in der Weise, daß die Wirtschaftseinheit als ein Merkmal der bürgerlichen Nation ein kapitalistisches Kauf- und Verkaufsverhältnis ist, die Gemeinsamkeit der Monopole ihre Sorge um die Sicherung des Profits ist, die zugleich die imperialistische Unkultur erzeugt. Die Gemeinsamkeit der fortgeschrittenen Werktagen der BRD ist ihre Solidarität gegen das Monopolkapital. Indem sich die demokratischen Kräfte sammeln und formieren, benutzen sie die bürgerliche Nation als Boden ihres Kampfes und verfechten die revolutionäre Linie deutscher Geschichte als Klassenlinie gegen den BRD-Imperialismus.

Auf dem Territorium der DDR setzte sich unter Führung der Arbeiterklasse zunächst die antifaschistisch-demokratische und später die sozialistische Einheit der Bevölkerung durch. Indem die antifaschistisch-demokratische Ordnung und danach das sozialistische System geschaffen wurden, entstanden alle Grundlagen zur Herausbildung des sozialistischen Nationalstaates. Es entwickelte sich die Wirtschaftseinheit als Einheit von Eigentümern, Produzenten und Staatsbürgern. Es bildet sich erfolgreich die sozialistische Nationalkultur heraus, die wie die Nationalsprache eine konstituierende Seite zur Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes der DDR ist. Im Rahmen des sozialistischen Staates entfalten sich alle Elemente der sozialistischen Nation. Indem sich das Volk der DDR als sozialistische Nation formiert und die Macht von den Werktagen ausübt wird, sagen wir mit vollem Recht, daß die DDR den sozialistischen Nationalstaat darstellt. Durch gemeinsame ökonomische, politische, kulturelle und ideologische Grundlagen und Beziehungen mit den anderen sozialistischen Staaten ist er fester Bestandteil des Bruderbundes sozialistischer Nationen.

Von diesen objektiven Bedingungen her gesehen, sind Gemeinsamkeiten zwischen dem Sozialismus und dem Imperialismus als System, Staat und Typ der Nation in der Wirklichkeit nicht vorhanden, und man kann nicht etwas schaffen, was der Wirklichkeit widerspricht; es sei denn, man schafft Fiktionen, wie das die sozialdemokratischen Führer in der BRD tun, womit sie ihre historische Schuld an der staatlichen und nationalen Spaltung, Absiedlung und Abgrenzung nach dem 2. Weltkrieg verschleiern möchten.

¹ W. Ulbricht, Zur Geschichte der neuen Zeit, Bd. I, 1. Halbband, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 133

² Ebenda, Aufsatz der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, S. 22

³ Ebenda, S. 23

⁴ G. Gauck, Massenhetze der Opposition oder hat die SPD kapituliert? Hamburg 1949, S. 23

Auf der 15. Tagung des ZK der SED orientierte Genosse W. Ulbricht im Rahmen der politischen Vorbereitung des VIII. Parteitages auf die Tatsache, daß das sozialistische Recht bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Systems weiter an Bedeutung zunehmen wird. Dies kommt der Erhöhung der schopferischen Kräfte des sozialistischen Rechts „bei der Verwirklichung der objektiven Ziele des Sozialismus, seiner auf allen gesellschaftlichen Wirkungskräften und Schichten des sozialistischen Staates auf neuer Entwicklungslinie“ zu.

Die Alternative zur bürgerlichen Nation ist über Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus letztlich die sozialistische Nation.

Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte hätten unter Führung der Arbeiterklasse zum sozialistischen Träger der nationalen Einheit auf neuer Entwicklungslinie

entwickelt. Das kommt der Erhöhung der schopferischen Kräfte des sozialistischen Rechts „bei der Verwirklichung der objektiven Ziele des Sozialismus, seiner auf allen gesellschaftlichen Wirkungskräften und Schichten des sozialistischen Staates auf neuer Entwicklungslinie“ zu.

Das sozialistische Recht als Ausdruck und Instrument der historischen Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Partei wird durch die sozialistische Entwicklung durch die sozialistische Staatsmacht zu den Wesenszügen der sozialistischen Gesellschaft.

Der sozialistische Gesellschaft ist eine objektive Gesetzmäßigkeit; sie zeugt davon, daß das sozialistische Recht als Ausdruck

der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Partei weiterentwickelt wird. Dies kommt der Erhöhung der schopferischen Kräfte des sozialistischen Rechts „bei der Verwirklichung der objektiven Ziele des Sozialismus, seiner auf allen gesellschaftlichen Wirkungskräften und Schichten des sozialistischen Staates auf neuer Entwicklungslinie“ zu.

Der sozialistische Gesellschaft ist eine objektive Gesetzmäßigkeit; sie zeugt davon, daß das sozialistische Recht als Ausdruck

der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Partei weiterentwickelt wird. Dies kommt der Erhöhung der schopferischen Kräfte des sozialistischen Rechts „bei der Verwirklichung der objektiven Ziele des Sozialismus, seiner auf allen gesellschaftlichen Wirkungskräften und Schichten des sozialistischen Staates auf neuer Entwicklungslinie“ zu.

Der sozialistische Gesellschaft ist eine objektive Gesetzmäßigkeit; sie zeugt davon, daß das sozialistische Recht als Ausdruck

der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Partei weiterentwickelt wird. Dies kommt der Erhöhung der schopferischen Kräfte des sozialistischen Rechts „bei der Verwirklichung der objektiven Ziele des Sozialismus, seiner auf allen gesellschaftlichen Wirkungskräften und Schichten des sozialistischen Staates auf neuer Entwicklungslinie“ zu.

All das führt zu einer bedeutenden

Unser Recht: Willensausdruck der Werktäglichen

Die Erhöhung der Rolle des sozialistischen Rechts – ein gesetzmäßiges Erfordernis des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus

Von Prof. Dr. jur. habil. Ingo Wagner, Sektion Rechtswissenschaft

Den Stärkung der Rolle und Funktion des sozialistischen Staates, zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie und der schopferischen Initiative der Werktäglichen.

Die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus mit seinem Kernstück, dem ökonomischen System des Sozialismus, erfordert im Zusammenhang mit der Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution einen sich schnell vollziehenden Aufschwung im Bildungs- und Qualifizierungsniveau der Werktäglichen sowie in ihrer politisch-ideologisch-kulturellen Entwicklung.

Das Ziel ist die Herausbildung der allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit.¹

Das sozialistische Recht entspringt den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und ist auf ihre Durchsetzung gerichtet“, heißt es im Programm der SED (Ziff. IV/2). Damit ist gesagt, daß es die objektiven Erfordernisse des Systems der objektiven Gesetze des Sozialismus und insfern seine Wesenzüge adäquat widergespiegelt; zugleich ist es Instrument zur Durchsetzung dieser Gesetzmäßigkeiten. Das sozialistische Recht als Wesensteil des sozialistischen Gesellschaftssystems ist so wechselseitig mit allen Wesenzügen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft verbunden. Damit wird die Bedeutung der ständigen Erhöhung der Rolle des sozialistischen Rechts für das weitere Aufrichten des Sozialismus sichtbar. Das ist um so bedeutsamer, da „im Zuge der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus bestimmte Elemente des Übergangs zum Kommunismus geschaut werden.“²

Das objektiv Gesetzmäßige dieser Erhöhung der Rolle des sozialistischen Rechts in der sozialistischen Gesellschaft resultiert wiederum aus einem Komplex objektiv-gesetzmäßiger Faktoren. Die wichtigsten sind: 1) die gesetzmäßig wachsende Füh-

erungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei beim Aufbau der entwidmeten gesellschaftlichen Gesellschaft; 2) die höhere Qualität der Führung der Gesellschaft, die sich aus der Verbündung von sozialistischen Aufbau und wissenschaftlich-technischer Revolution ergibt und die insbesondere dazu führt, daß die Leistungsaufgaben des sozialistischen Staates umfangreicher und komplizierter werden; 3) die Erhöhung der Aggressivität des Imperialismus.

Die Zusätzung der Klassenauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus macht selbstverständlich einen erhöhten rechtlichen Schutz der sozialistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Mitglieder gegenüber allen feindlichen Anschlägen unabdingbar erforderlich, insbesondere auch deshalb, da in der Zukunft der Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution einen sich schnell vollziehenden Aufschwung im Bildungs- und Qualifizierungsniveau der Werktäglichen sowie in ihrer politisch-ideologisch-kulturellen Entwicklung.

Das Ziel ist die Herausbildung der allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit.¹

Das sozialistische Recht entspringt den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und ist auf ihre Durchsetzung gerichtet“, heißt es im Programm der SED (Ziff. IV/2). Damit ist gesagt, daß es die objektiven Erfordernisse des Systems der objektiven Gesetze des Sozialismus und insfern seine Wesenzüge adäquat widergespiegelt; zugleich ist es Instrument zur Durchsetzung dieser Gesetzmäßigkeiten. Das sozialistische Recht als Wesensteil des sozialistischen Gesellschaftssystems ist so wechselseitig mit allen Wesenzügen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft verbunden. Damit wird die Bedeutung der ständigen Erhöhung der Rolle des sozialistischen Rechts für das weitere Aufrichten des Sozialismus sichtbar. Das ist um so bedeutsamer, da „im Zuge der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus bestimmte Elemente des Übergangs zum Kommunismus geschaut werden.“²

Das objektiv Gesetzmäßige dieser Erhöhung der Rolle des sozialistischen Rechts in der sozialistischen Gesellschaft resultiert wiederum aus einem Komplex objektiv-gesetzmäßiger Faktoren. Die wichtigsten sind:

1) die gesetzmäßig wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei beim Aufbau der entwidmeten gesellschaftlichen Gesellschaft; 2) die höhere Qualität der Führung der Gesellschaft, die sich aus der Verbündung von sozialistischen Aufbau und wissenschaftlich-technischer Revolution ergibt und die insbesondere dazu führt, daß die Leistungsaufgaben des sozialistischen Staates umfangreicher und komplizierter werden; 3) die Erhöhung der Aggressivität des Imperialismus.

Es hilft so wesentlich mit, die sozialistische Moral, das sozialistische Rechtsbewußtsein und damit solche Lebensgewohnheiten und Verhaltensweisen herauszubilden, daß die freiwillige Einhaltung der sozialistischen Regeln des sozialen Zusammenlebens der Menschen immer mehr zur allgemein geübten Gewohnheit wird. Damit un trennbar ist der Kampf gegen bürgerliche Überreste im Bewußtsein und Verhalten. Diese Aufgaben sind ohne das sozialistische Recht, ohne dessen wachsende Rolle nicht lösbar. Ihre Lösung verlangt vor allem die volle Entfaltung der erzieherischen Funktion des sozialistischen Rechts.

Die Verbindung des weiteren sozialistischen Aufbaus mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Ausbau des Sozialismus als System stellt an den sozialistischen Staaten die generelle Aufgabe, den Sozialismus komplett auszubilden.

Das verlangt den verstärkten Einsatz des sozialistischen Rechts als Instrument der sozialistischen Entwicklung mit dem Ziel zu erhöhen, die Akkumulationskraft der Volkswirtschaft weiter zu stärken und den Lebensstandard der Werktäglichen und den Lebensstandard der Werkstätten der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu erhöhen.

Die sozialistische Gesellschaft ist einigermaßen in der Lage, die sozialistische Entwicklung mit dem Ziel zu erhöhen, die Akkumulationskraft der Volkswirtschaft weiter zu stärken und den Lebensstandard der Werktäglichen und den Lebensstandard der Werkstätten der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu erhöhen.

Die sozialistische Gesellschaft ist einigermaßen in der Lage, die sozialistische Entwicklung mit dem Ziel zu erhöhen, die Akkumulationskraft der Volkswirtschaft weiter zu stärken und den Lebensstandard der Werktäglichen und den Lebensstandard der Werkstätten der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu erhöhen.

Es hilft so wesentlich mit, die sozialistische Moral, das sozialistische Rechtsbewußtsein und damit solche Lebensgewohnheiten und Verhaltensweisen herauszubilden, daß die freiwillige Einhaltung der sozialistischen Regeln des sozialen Zusammenlebens der Menschen immer mehr zur allgemein geübten Gewohnheit wird. Damit un trennbar ist der Kampf gegen bürgerliche Überreste im Bewußtsein und Verhalten. Diese Aufgaben sind ohne das sozialistische Recht, ohne dessen wachsende Rolle nicht l